Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 3

Artikel: Ein Oppositionsmodell in der Schweiz?
Autor: Ley, Katharina / Weber, Karl / Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339143

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

Katharina Ley und Karl Weber

Ein Oppositionsmodell in der Schweiz?

In ihrem Kommentar zu den Nationalratswahlen 1975 schrieb die Geschäftsleitung der SP des Kantons Zürich, dass «dem aufmerksamen Wähler» ersichtlich geworden sei, dass die SP «klare Alternativen zur bürgerlichen Politik» anbiete und dass das Volk Veränderungen wünsche.

Was die Landesregierung anbetrifft, ist jedoch die Konkordanz hergestellt worden. Beim Parlament sind die traditionellen Positionen für einmal nicht verwischt worden (keine gemeinsamen Legislaturziele). Im grossen und ganzen war jedoch die SPS als grundsätzlich auf Veränderungen bedachte Partei nicht willens, mögliche Strukturreformen der schweizerischen Demokratie ernsthaft zur Diskussion zu stellen. Wieso ist die Diskussion über den Widerspruch zwischen Wahlerfolg und entsprechenden Konsequenzen, über den Anspruch der SP als Reform- und Regierungspartei nicht weitergeführt worden?

Bereits das bürgerliche Krisenmanagement der letzten Jahre hat den Mangel an sozialdemokratischen Alternativkonzepten deutlich gemacht. Eine fundierte Diskussion dieser Thematik scheint um so wichtiger, als sowohl die schweizerische Demokratie als auch die SPS bei der Realisierung ihrer Ansprüche und der Rechtfertigung ihres praktischen Verhaltens auf zunehmende Schwierigkeiten stösst.

Das Unbehagen über die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse und das spezifisch schweizerische politische Konfliktregelungsmodell durch Konsens äussert sich unter anderem in sinkender Stimmteilnahme, allgemeiner politischer Apathie bei Zunahme ausserparlamentarischer Opposition (Beispiel Kaiseraugst). Den strukturellen Ursachen dieser politischen Situation soll im folgenden nachgegangen werden.

Die Eigenart des politischen Systems der Schweiz und die ungebrochene Tradition ohne tiefgreifende Krisen und Kriege haben dazu geführt, dass sich eine bürgerlich-liberale Ideologie konsolidierte. In den Jahrzehnten seit Kriegsende haben die auffallendsten gesellschaftlichen Veränderungen (Verstädterung, Vergrösserung des Dienstleistungssektors, Unterschichtung der schweizerischen Gesellschaft durch ausländische Arbeitskräfte, Frauenstimmrecht) tendenziell die bestehenden Machtverhältnisse stabilisiert. Die bürgerlich-liberale Ideologie des «jedem nach seiner Leistung» steht aber in zunehmendem Widerspruch zur heutigen wirtschaftlichen Machtballung und den damit verbundenen Problemen.

Gleichzeitig sind alle am politischen System Beteiligten durch die plebiszitäre Komponente der schweizerischen Demokratie, durch die Tatsache der Allparteienregierung und die Verankerung der Vernehmlassungsverfahren tendenziell zu Konsens und Kompromissentscheidungen gezwungen. Insbesondere das Vernehmlassungsverfahren führt bekanntlich zu Lösungen, die den Interessen starker Machtgruppen im Staat entsprechen und den politischen Widerstand, der sich in Referenden bilden könnte, ausschaltet. Diese eindeutige Bevorzugung organisationsfähiger, finanzstarker Interessen am Traditionellen, Bestehenden durch unser politisches System macht es schwer, alternative Interessen zu verfolgen.

Die SPS ist bei der Verfolgung ihrer Zielsetzung an die bestehenden politischen Strukturen gebunden. Der Anspruch, einerseits an der politischen Macht teilzuhaben und Einfluss auszuüben, anderseits als Oppositionspartei bestehende Machtstrukturen zu kritisieren und Alternativen gesellschaftlicher Entwicklungen aufzuzeigen und wenn möglich durchzusetzen, erweist sich heute schwieriger denn je. Dazu kommt bei der SPS als der Partei der Lohnabhängigen, dass sie gegenüber den meisten Parteien durch die Finanzschwachheit und Lohnabhängigkeit ihrer Mitglieder eher benachteiligt ist. Das führt dann auch dazu, dass primär die Abkömmlichen und sekundär die kompetenten Parteimitglieder in Ämter delegiert werden und dass die abkömmlichen Mitglieder häufig mehrere Ämter kumulieren und damit überlastet sind.

Da zudem in der Verwaltung inklusive Gerichtswesen die Parteien im allgemeinen, die SP im besonderen, als Aufstiegsvehikel dienen, besteht dadurch eine strukturelle Barriere gegen die Profilierung der SPS als Oppositionspartei.

Als letzter Punkt seien die kollektiven Aufstiegsprozesse traditioneller SP-Wählergruppen durch die Einwanderung von schlecht qualifizierten Fremdarbeitern erwähnt. Diese Aufstiegsprozesse, die in diesem Fall dem Entwicklungsstand des schweizerischen Systems «zu verdanken» sind, tendieren bei den Aufgestiegenen im allgemeinen zur Stützung und Verteidigung dieses Systems.

Zusammenfassend: Alle diese erwähnten Prozesse tragen dazu bei, die SPS als Partei der Zufriedenen zu fixieren und ihr eine alternative Politik dadurch zu erschweren. Die Artikulation einer solchen alternativen Politik würde der SPS noch vermehrt Anhänger entziehen und damit eine Regierungsbeteiligung unmöglich machen. Da in einer Demokratie eine Bewährung beziehungsweise Erweiterung der Machtbasis nur durch einen gewissen Anteil an Wählern und Mitgliedern erfolgen kann, liegt die Notwendigkeit breiter Meinungsbildung auf der Hand, wenn alternative Politik Chancen aufweisen soll.

Die Konsequenzen der aufgezählten Ursachen (Tradition der Schweiz, Volksrechte, Stellung der SP in diesem System) schweizerischer Politik sind bekannt:

- In der Politik wird das Vorgehen der kleinen Schritte und der Von-Fall-zu-Fall-Politik als optimales Problemlösungsverhalten angesehen. Vor lauter Konkordanz – statt Kontroverse – hat sich das Parlament weitgehend in die Rolle gefügt, die von Bundesrat, Verwaltung und Interessenorganisationen vorbereitete Politik zu rechtfertigen und dem Volk zur Akklamation weiterzugeben.
- Die Direktdemokratie als Inbegriff demokratischer Teilnahme ist für den Bürger zum Mythos geworden. Das zeigt sich einerseits an der politischen Stimm- und Wahlapathie. Anderseits ist die Tatsache, dass bei der erwähnten Art von Politik ausserinstitutionelle Formen wie «Besetzungen» gesucht werden müssen, um sich Gehör zu verschaffen, ein Indiz dafür, dass mit unserer Demokratie etwas nicht stimmt.
- Was die SPS anbetrifft, wird ihr Konflikt zwischen dem Anspruch auf die Realisierung menschenwürdigerer, gerechterer Alternativen in unserer Gesellschaft und dem Anspruch auf Regierungsteilnahme durch das Auftreten oben erwähnter Phänomene verstärkt. In dieser Konfliktsituation hat sich die SPS den bürgerlichen Parteien angepasst.

Ansprüche des Oppositionsmodells

Im Rahmen der durch die Ergebnisse der letzten Nationalratswahlen ausgelösten Diskussion wurde von mehreren Seiten das Postulat vorgetragen, dass unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen die Qualität der Politik durch andere Formen der Konfliktregelung verbessert werden könne: durch das sogenannte Oppositionsmodell nach dem Vorbild Englands (Regierung und Schattenkabinett) oder der Bundesrepublik Deutschland. Im folgenden wollen wir darstellen, welche Ansprüche mit einem solchen Modell verbunden werden:

Wichtigste Funktion der Politik ist es, Bedingungen und Möglichkeiten des Handelns von Individuen und Gruppen zu bestimmen (zum Beispiel durch die Garantie von Freiheits- und Sozialrechten). Welche Art von Bedingungen festgelegt werden sollen, lässt sich nicht aus einem allgemein verbindlichen, vorgegebenen oder durch die Wissenschaft erarbeiteten Konzept vom «richtigen Leben» ableiten. Vielmehr sind diese Bedingungen in einem von allen Bürgern getragenen Handlungs- und Kommunikationsprozess festzulegen, periodisch zu überprüfen und zu revidieren.

Weil es also keine vorgegebenen, sondern nur in konkreten historischen Situationen herstellbare Ziele für die Gesellschaft geben kann, die zudem nicht jederzeit von allen Bürgern geteilt werden können, wird im Oppositionsmodell eine bestimmte Partei beziehungsweise Gruppe beauftragt, Elemente ihres Konzeptes vom «richtigen Leben» in die Praxis umzusetzen. Dieses Recht erwirbt sie sich – so der Anspruch – in einem offenen Wettbewerb um die Gunst der Wähler, in dem sie möglichst viele Bürger für ihr Programm mobilisiert. Das Problem der Ermittlung oberster ge-

sellschaftlicher Ziele soll somit durch einen Konkurrenzkampf der Ideen bewältigt werden.

Damit wird es möglich, in einer Gesellschaft alternative Entwicklungen einzuleiten und durchzusetzen, die nicht notwendigerweise von sämtlichen Gruppen unterstützt werden müssen. Allerdings bewegen sie sich in dem durch die Verfassung vorgegebenen Rahmen. Insbesondere wird es möglich, eine interessengeleitete – und nicht eine interessenverschleiernde – Politik zu realisieren. Geht man weiter davon aus, dass der Bürger sich nur dann für öffentliche Probleme interessiert, wenn er diese in seine Interessenperspektive einordnen kann, wird eine solche Politik gleichzeitig auch demokratische Basisprozesse, somit eine Politisierung der Gesamtgesellschaft, fördern.

Funktionale Bedingungen des Oppositionsmodells

Es ist nun zu fragen, unter welchen Bedingungen ein Oppositionsmodell in der Schweiz funktionieren könnte. Ein solches Modell – das sei gleich gesagt – lässt sich nicht einfach durch den Auszug einer der grossen Parteien aus dem Bundesrat realisieren. Vielmehr scheint uns die Übernahme der Oppositionsrolle etwa durch die SP erst und nur dann gerechtfertigt, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt sind, die es erlauben, eine wirksame Oppositionspolitik zu betreiben und zu einem bestimmten Zeitpunkt die regierenden Parteien aus ihrer Machtposition zu verdrängen.

Im folgenden werden einige für das Funktionieren eines Oppositionsmodells wichtige und notwendige Bedingungen dargestellt. Diese Liste ist unvollständig und liesse sich erweitern.

Handlungs- und Gestaltungsspielraum des politischen Systems: Das Oppositionsmodell geht davon aus, dass durch das politische System wesentliche gesellschaftliche Bereiche und damit die Voraussetzungen für individuelle und kollektive Lebenschancen bestimmt werden können. In unserer Gesellschaft sind einem solchen Handeln Grenzen gesetzt. Einmal hat sich – wie oben gezeigt – durch mancherlei innere und äussere Umstände begünstigt die bürgerlich-liberale Ideologie erhalten, die es dem Staat nur dann ermöglicht in gesellschaftliche, insbesondere wirtschaftliche Bereiche einzugreifen, wenn schwerwiegende Krisen vorliegen. Diese Eingriffe dienen dann nur dazu, das sogenannte Gleichgewicht des Marktes wiederherzustellen; jede strukturelle Veränderung ist erschwert. Weitere Merkmale dieses dominierenden Misstrauens gegenüber dem Staat sind etwa das nur wenig ausgebaute konjunkturpolitische Rechtsinstrumentarium und das – im Vergleich mit anderen hochindustrialisierten Ländern – relativ gering entwickelte System der sozialen Sicherheit.

Neben den rechtlichen und institutionellen Barrieren gibt es auch strukturelle Grenzen des staatlichen Handlungsspielraums: zur Bewältigung der zunehmend komplizierteren Probleme in unserer Gesellschaft

lässt sich auf Grund der Kleinstaatlichkeit (geringe Bevölkerungszahl) das soziale Rollensystem nicht beliebig ausdifferenzieren. Sogenannte Rollenakkumulationen sind sehr häufig: eidgenössische Parlamentarier sind gleichzeitig kantonale Regierungsräte, Unternehmer sind gleichzeitig hohe Militärs usw. Dies bedeutet, dass diejenigen, die zum Beispiel als Wirtschaftsführer in der Politik handeln, immer und notwendigerweise die Perspektive der Wirtschaft einbringen. Gleichzeitig können sie sich dabei auf mehrere Interessengruppen beziehen und so die Einflusschancen erhöhen. Dadurch lassen sich etwa geplante Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen verhindern (Referendumsdrohungen). Die Rollenakkumulation führt also zu einer Verflechtung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche. Konfliktaustragungen zwischen den Interessen der Bereiche werden erschwert, der Handlungsspielraum des politischen Systems begrenzt.

Zentralismus und Föderalismus: Um alternative politische Ordnungsvorstellungen auf nationaler Ebene durchzusetzen, müsste nicht nur der Gestaltungsspielraum des politischen Systems erweitert, sondern auch die innere politische Gliederung verändert werden. In dem Masse, in dem von den Regierungen der Kantone die nationale Politik blockiert werden kann, läuft ein Oppositionsmodell ins «Leere». Diese Entwicklung kann heute besonders gut in der Bundesrepublik beobachtet werden. Gerade weil einige Bundesländer von der CDU regiert werden, gelingt es der Koalition aus SPD und FDP nur in beschränktem Masse, ihre alternative Politik durchzusetzen.

An der genannten Frage Zentralismus/Föderalismus zeigt sich eines der zentralen Probleme des Oppositionsmodells auf schweizerischer Ebene. Soll in unserem Land im Interesse der Motivierung der Bürger eine Alternativpolitik durchgesetzt werden, müsste vermutlich ein zentralistischer innerer Aufbau gewählt werden.

Volksrechte, Initiative und Referendum: Es liegt auf der Hand, dass die Regierungspartei ihre Politik in der Legislaturperiode nur dann durchsetzen und erfahrbar machen kann, wenn nicht gegen bestimmte Entscheide mit relativ wenig Aufwand das Referendum ergriffen werden kann, und sie nicht gezwungen ist, ihre Programmpolitik an den eingereichten Initiativen zu orientieren. Dies bedeutet, dass im Oppositionsmodell – das ein eigentliches Elitemodell ist – aus funktionalen Gründen die Volksrechte weitgehend abgebaut werden müssten. Wenn dann konkrete Vorschläge nicht mehr wie heute referendumsgefährdet wären, könnte auch das Vernehmlassungsverfahren geändert werden: auf eine breit abgestützte vorparlamentarische Meinungsbildung liesse sich leicht verzichten. Demgegenüber würden zweifellos die Wahlen und damit das Parlament aufgewertet, da dadurch – je nach Ergebnis – ein Regierungswechsel möglich und notwendig wird.

Parteien und Wahlsystem: Wenn eine Oppositionspartei nur noch geringe Möglichkeiten hat, direkt aus der der Regierung unterstellten Ver-

waltung zu konkreten Fragen Daten und Informationen zu beziehen, ist sie gezwungen, eigene Informations- und Datensysteme aufzubauen. Dies ist mit einem grossen personellen und finanziellen Aufwand verbunden. Nur wenn es gelingt, bei aktuellen Fragen oder Wahlen mit einem dem der Regierung vergleichbaren Einsatz von Mitteln aufzuwarten, ist es möglich, sich selbst als zukünftige Regierungspartei zu profilieren.

Sollte auf schweizerischer Ebene das Oppositionsmodell eingeführt werden, müssten die Parteien nicht nur ihre Infrastrukturen verbessern und ausbauen. Organisatorische Reformen im Sinne einer Zentralisierung – Abbau der kantonalen Autonomie – würden sich aufdrängen. Zudem wäre es auch den Parlamentariern nur noch in beschränktem Masse möglich, bei Wahlen und Sachvorlagen weiterhin regionale Gesichtspunkte zu berücksichtigen, da die Regierung auf eine zuverlässige und stabile parlamentarische Unterstützung angewiesen ist.

Um nach den Wahlen eine Regierungsbildung zu erleichtern, müsste das zur Ermittlung der Volksvertreter geltende Proporzsystem durch ein Majorzsystem abgelöst werden. Damit verbände sich voraussichtlich eine Verringerung der Zahl der Parteien, die im Parlament vertreten sind. Insbesondere gesellschaftlichen Minderheiten würden dadurch auf nationaler Ebene Artikulationschancen genommen.

Schliesslich setzt das Oppositionsmodell Wähler voraus, die weitgehend bereit sind, je nach Leistung und Programm ganz bestimmte Parteien zu wählen. In dem Masse aber, in dem das Wahlverhalten noch zugeschrieben ist – Katholiken zum Beispiel wählen tendenziell CVP, Protestanten je nach Schicht SP, SVP oder FP –, würde allein dadurch die Realisierung des Oppositionsmodells erschwert.

Zusammenfassend können wir feststellen: die Realisierung eines Oppositionsmodells auf schweizerischer Ebene ist mit weitreichenden gesellschaftlichen und politisch-institutionellen Veränderungen verbunden. Soweit diese zu einem Verlust direktdemokratischer Einflusschancen führen, sind sie problematisch. Demgegenüber scheint durch ein Oppositionsmodell die Interessenbezogenheit und Konfliktfähigkeit von Gruppen und Parteien gefördert und unter bestimmten Bedingungen der Handlungsspielraum für alternative gesellschaftliche Entwicklungen erweitert zu werden.

Kurzfristige Strategien zur Produktion von Alternativen

Im Leitbild der SPS wird die Zielsetzung der sozialdemokratischen Bewegung umschrieben als: «Überwindung jeder Form der Unterdrükkung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Ihr (SPS-) Leitbild ist eine Gesellschaft, in der sich der Mensch nach seinen Neigungen und seinen Fähigkeiten frei entfalten kann.»

Hier stellt sich nun die Frage nach den kurz- und langfristig erforderlichen Massnahmen zur Realisierung dieser Zielsetzungen, die letztlich

einen gesamtgesellschaftlichen, umfassenden Demokratisierungsprozess bedeuten. Es müsste überprüft werden, ob ein Oppositionsmodell im skizzierten Sinn ein mögliches und sinnvolles Mittel zur Erreichung dieser Zielsetzung wäre.

Für die Schweiz liesse sich unter den gegebenen beziehungsweise veränderbaren strukturellen Bedingungen ein begrenztes Oppositionsmodell denken, das eine Aufhebung einer Reihe von oben erwähnten Missständen der schweizerischen Demokratie ermöglichen könnte. Durch ein begrenztes Oppositionsmodell würden tendenziell die Volksrechte gewahrt, gleichzeitig aber die Durchschlagskraft von Gruppen und Parteien unter bestimmten Bedingungen gefördert. Die damit möglicherweise zu realisierenden vergrösserten Macht- und Einflusschancen der SPS würden die Erreichung ihrer gesamtdemokratischen Zielsetzungen tendenziell in die Nähe rücken.

Eine der wichtigsten Bedingungen zur langfristigen Verwirklichung eines solchen Modells stellt die gezielte Mobilisierung der Bevölkerung dar. Kurzfristig erweist es sich als notwendig und unumgänglich, Strategien zur Schaffung basisdemokratischer Prozesse und Produktion von Alternativen gesellschaftlicher Organisation zu erarbeiten.

Wir denken hier an die Schaffung beispielhafter Erfahrungsmöglichkeiten von Selbsthilfe und Selbstbestimmung in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen wie Arbeitsbereich, Wohnbereich, Freizeitbereich. In unserem schweizerischen System, «das auf Stabilität ausgerichtet ist», und in dem wir «damit bis heute im grossen und ganzen gut gefahren» sind (Pressedienst der SVP, NZZ vom 31. 10. 1976), ist die Realisierung von Alternativen im gesellschaftlichen Bereich erforderlich, um aufzuzeigen, dass es «anders auch geht». Durch solche Politisierungsprozesse, wie Kaiseraugst oder Bulova als Beispiele zeigen, sollen Machtstrukturen und Interessengegensätze erfahrbar gemacht werden, unterdrückte Information verbreitet sowie realisierbare Alternativen der Selbst- und Mitbestimmung versucht werden. Dies alles geschieht im Wissen darum, dass es keine sozialistischen Inseln in einer kapitalistischen Umwelt geben kann, aber dass politisch aktive, politisch umweltbewusste Menschen solidarisch Alternativen schaffen können, die den sozialistischen Gedanken im Volk zu verankern vermögen. Es scheint eminent wichtig, dass solche Basisarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfindet und nicht auf den privaten oder Arbeitsbereich beschränkt bleibt.

Derartiger Einsatz bedeutet – sofern die Kräfte ausreichen – keinen Verzicht auf die Arbeit in Behörden und an politischen Schaltstellen. Vielmehr gilt es gerade den Gedanken der Doppelstrategie, das heisst der koordinierten Aktion in Basisgruppen und in den Behörden, konsequent zu verfolgen; dies bedeutet natürlich für die SP als Partei, dass der Basisarbeit und Arbeitsgruppen vermehrt Beachtung und Unterstützung geschenkt werden muss. Die Verfolgung der Doppelstrategie in Behörden

und an der Basis müsste auch einen extensiven Gebrauch der Volksrechte, vor allem von Initiative und Referendum, umfassen.

Auf diese Weise wäre es möglich, langfristig eine Alternativkultur aufzubauen, die durch die Mobilisierung der Bevölkerung und Erhöhung der Stimmotivation – es ist bekannt, dass vor allem die linken Parteien durch die Stimmabstinenz Einbussen erleiden – strukturell verankert werden könnte im Sinne vermehrter und wirksamerer Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik.

Redaktioneller Nachsatz:

Verfasserin und Verfasser des vorstehenden Artikels wollen diesen nicht nur als Beitrag zu einer fälligen Diskussion, sondern auch als Antwort auf Fritz Heebs Grundsatzartikel «Was will die junge ‚Linke' eigentlich?» («Profil» 9/75) verstanden wissen. Bei dieser Antwort ist allerdings die staatsrechtliche Struktur unserer *direkten* Demokratie zu wenig berücksichtigt worden. Eine Replik dürfte daher nicht lange auf sich warten lassen; denn wir wollen ja in unserm Blatt nicht nur rot, sondern auch realistisch schreiben.

Voraussichtlich wird schon in der nächsten Nummer unserer Zeitschrift Fritz Heeb auf Beat Bürchers kritischen Beitrag («Profil» 2/76) antworten. Das Ergebnis der Diskussion, wie sie auch von Katharina Ley und Karl Weber in verdankenswerter Weise gefördert wurde, soll bei späterer Gelegenheit zusammengefasst werden. *R. L.*